Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/231
26.04.2023

Verkehrsausschuss

11. Sitzung (öffentlich)

26. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 15:39 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW *(beantragt von Gordan Dudas [SPD] [s. Anlage 1])* **6**

2 Zügigere Entfernung und Verwertung rechtswidrig abgestellter Kraftfahrzeuge mittels Beseitigungsanordnungen sowie Vollstreckung im Wege des Sofortvollzugs **20**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3309

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und die Details dazu im Rahmen einer Obleuterunde am Rande der nächsten Plenarsitzungen zu klären.

3 Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung in Nordrhein-Westfalen umsetzen! 21

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2566

Ausschussprotokoll 18/190

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.

4 Leistungsfähigkeit des Rheins als Wasserstraße und logistische Lebensader erhalten 22

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/611

Ausschussprotokoll 18/172

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Verkehrsausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

5 Sachstand und Entwicklungsperspektiven beim E-Tarif eezy.nrw *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1115

– Wortbeiträge

6 Lückenschluss der BAB46 zwischen Hemer und Arnsberg: Was gilt denn nun? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1127

– Wortbeiträge

7 Sachstand Rheinbrücke der B288 in Krefeld *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1128

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **32**

a) Verlegung des Termins der Novembersitzung **32**

Der Verkehrsausschuss kommt überein, die für den 15. November 2023 geplante Sitzung auf den 8. November 2023 vorzuziehen.

b) Sitzungstermine 2024 *(s. Anlage 5)* **32**

Der Verkehrsausschuss bestätigt die vorliegenden Sitzungstermine für 2024 gemäß Anlage 5.

c) Informationsreise zu den Seehäfen von Amsterdam und Rotterdam, 16./17. August 2023 **32**

Der Verkehrsausschuss kommt überein, die Informationsreise durchführen zu wollen.

* * *

4 Leistungsfähigkeit des Rheins als Wasserstraße und logistische Lebensader erhalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/611

Ausschussprotokoll 18/172

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss am 31.08.2022)

Christof Rasche (FDP) erläutert, in der Anhörung hätten der BUND und andere Verbände insbesondere Bau-, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen kritisch gesehen. Andere hätten die Maßnahmen für notwendig erachtet und eine schnelle Umsetzung gefordert. Er selbst habe sich im Ausschuss bereits für ein koordiniertes Vorgehen der betroffenen Länder ausgesprochen. So koordinierten am Mittelrhein die grünen Umweltminister von Hessen, Tarek Al-Wazir, und von Baden-Württemberg, Winfried Hermann, ihre diesbezüglichen Anstrengungen ebenfalls. Nordrhein-Westfalen teile gemeinsame Interessen mit Belgien und den Niederlanden, insbesondere mit Blick auf die Häfen von Antwerpen und Rotterdam. In Berlin stehe man in Konkurrenz zu anderen Playern mit anderen Anliegen, weswegen er ein gemeinsames Auftreten befürworte.

Er danke insofern für die mit CDU und Grünen geführten Gespräche, die jedoch kein Ergebnis erbracht hätten. Er halte den vorliegenden Antrag dennoch für wichtig, richtig und gut; daher hoffe er, einen gemeinsamen Weg zu finden.

Er habe im Ausschuss eine breite Befürwortung der Stärkung der Binnenschifffahrt wahrgenommen, so **Oliver Krauß (CDU)**. Diese sei wichtig für Industrie und Logistik in NRW. Trotz Verbesserungsbedarf bei den Antrieben könne der Transport auf den Wasserwegen klimafreundlicher als auf anderen Wegen betrieben werden.

Er begrüße den Konsens über den Titel des Antrags. Die Gespräche nach der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses seien vom ernsthaften Bemühen getragen gewesen, zu einer gemeinsamen Initiative zu gelangen. Dass es diese nicht gegeben habe, rechne er der politischen Gesamtkonstellation zu. So handele der Bundesverkehrsminister anders, als er, Krauß, sich das vorstelle. Beispielsweise enthalte das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz kein einziges Wasserstraßenprojekt. Das werde der Bedeutung dieses Verkehrsträgers nicht gerecht. Auch passten einige der im Ampel-Koalitionsvertrag erwähnten Maßnahmen nicht zu den Aussagen des Bundesverkehrsministers.

Wesentliche Punkte aus der Anhörung fehlten im Beschlussteil des Antrags, etwa den Fachkräftemangel, die Förderung klimaneutraler Antriebe oder den Einsatz für eine verlässliche Finanzierung betreffend. Er bedaure, dass kein Konsens habe erreicht

werden können – trotz großer Übereinstimmung bei der Zielsetzung des Antrags. Er betone, dass man sich nicht am Ende der Debatte befinde. Vielmehr wolle man den begonnenen Weg fortsetzen. Er kündige an, einen weiteren Antrag einbringen zu wollen, um diese Ziele auch zu erreichen.

Michael Röls (GRÜNE) verweist auf seine Ausführungen zum Antrag in einer der letzten Ausschusssitzungen, an denen sich nichts verändert habe, zumal der Antrag weiterhin unverändert vorliege.

Auch er begrüße die Suche nach einem gemeinsamen Vorgehen. Er würde sich freuen, wenn es gelänge, das Thema in Zukunft gemeinsam voranzubringen. Am meisten helfe dem Thema der Binnenschifffahrt in NRW ein Bundesverkehrsminister weiter, der sich dafür interessiere. Er rufe auf, die zur Verfügung stehenden Kanäle nach Berlin zu nutzen, um für das Thema zu werben.

Frank Börner (SPD) dankt der FDP-Fraktion für den in Rede stehenden Antrag und für die dadurch angestoßene Diskussion. Er bedaure, dass die regierungstragenden Fraktionen die Chance verpasst hätten, zu einer einheitlichen Linie zu gelangen. Eine gemeinsame Positionierung nach den zwischenzeitlich geführten Gesprächen hätten CDU und Grüne nicht gewollt. Die Binnenschifffahrt benötige dringend mehr Unterstützung vom Bund. Zwar könne man auf den Bundesverkehrsminister hinweisen, jedoch halte er eine starke Landesregierung ebenfalls für hilfreich, die der Infrastruktur für den hiesigen Wirtschaftsstandort die höchste Priorität einräume.

Im Rahmen des Hafenfrühstücks am heutigen Morgen habe Herr Krauß deutlich gemacht, dass man politisch nach vorn gehe. Seine Äußerungen in der heutigen Ausschusssitzung stünden dem diametral gegenüber. Er habe sich dadurch extrem unglaubwürdig gemacht. Irgendwann solle eine Initiative der Koalitionsfraktionen erfolgen; das bleibe im Ungefähren.

Er halte es im Hinblick auf das steigende Güteraufkommen absurd, Wasserwege nicht auszubauen, so **Andreas Keith (AfD)**. Durch eine Rheinvertiefung könnten die Voraussetzungen für eine permanente Befahrbarkeit des Flusses geschaffen werden. Seine Fraktion habe zu diesem Thema bereits 2019 einen entsprechenden Antrag gestellt. Er wünsche der FDP viel Glück bei der Abstimmung, fürchte jedoch, dass auch ihr Antrag abgelehnt werde, auch wenn seine Fraktion ihm zustimmen werde.

Christof Rasche (FDP) entgegnet, er habe seinen ersten Beitrag zur Wasserstraße Rhein etwa im Jahr 2001 getätigt. Die FDP habe sich länger als die AfD mit diesem Thema befasst.

Das Verfahren im Rahmen des Planungsbeschleunigungsgesetzes liege auf Eis, da es keine Einigung der Koalition gebe. Der vom Bundesverkehrsminister eingebrachte Vorschlag habe einen Kompromiss dargestellt; er habe acht Maßnahmen an Wasserstraßen enthalten, drei davon in Nordrhein-Westfalen. Dieser sei in der Koalitionsrunde von den Grünen vehement abgelehnt worden. Nach weiteren Gesprächen habe Volker

Wissing den Vorschlag gemacht, wenigstens die Maßnahme Mittelrhein, die dieser für die wichtigste Maßnahme halte, in die Liste der planungsbeschleunigten Projekte aufzunehmen. Umweltministerin Lemke habe auch dies abgelehnt. Dementsprechend sei nun in der Liste keine einzige Maßnahme im Bereich der Wasserstraßen enthalten. Das liege nicht an Volker Wissing, sondern ausschließlich an den Grünen.

Der Antrag seiner Fraktion wolle unterstreichen, dass sic in diesem Bereich etwas passieren müsse. Er erhöhe die Optionen, sich in Berlin für die Aufnahme dieser Maßnahmen einzusetzen.

Oliver Krauß (CDU) widerspricht Herrn Börner, denn es habe sehr wohl guten Willen gegeben. Die geführten Gespräche habe er, Krauß, als angenehm und konstruktiv empfunden. Die Zwänge, in denen sich die FDP-Fraktion im Landtag angesichts des FDP-Bundesverkehrsministers befinde, seien gerade nochmals angeklungen.

Er widerspreche ihm umso entschiedener mit Blick auf seine Äußerungen hinsichtlich der fehlenden Glaubwürdigkeit. Die von ihm, Krauß, angekündigte Initiative werde nicht irgendwann, sondern zeitnah, noch in diesem Halbjahr, erfolgen.

Er schließe sich den Äußerungen von Herrn Röls an, denen zufolge die Tür nicht zugeschlagen sei. Dass Interesse an einer gemeinsamen Lösung bestehe, zeige unter anderem die Tatsache, dass die Koalitionsfraktionen ernsthaft um eine Fortsetzung der Gespräche geworben hätten. Er bedaure, dass dabei kein Konsens habe gefunden werden können.

Minister Oliver Krischer (MUNV) weist die Äußerungen zurück, denen zufolge sich die Landesregierung nicht oder nicht genug für das in Rede stehende Thema engagiere. Vielmehr kümmere sie sich intensiv um die Binnenschifffahrt. Als einen unter vielen Belegen hierfür nenne er die am 4. Mai 2023 in Mannheim stattfindende Rheinkonferenz, die auch auf Initiative Nordrhein-Westfalens zurückgehe. Bei den diesbezüglichen Anliegen sehe er eine hohe Übereinstimmung mit Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg.

Er selbst habe sich im Plenum ausdrücklich für Raumplanung und -optimierung am Mittelrhein ausgesprochen. Damals sei er von Herrn Rasche dafür kritisiert worden, weshalb ihn dessen jetzige Äußerungen sehr verwunderten.

Lediglich die Ablageoptimierung in den Blick zu nehmen, reiche aus seiner Sicht nicht, vielmehr müssten auch Aspekte wie Flottenoptimierung, Ausbau der Logistik und Investitionen in das Kanalnetz thematisiert werden. Die Reduzierung dieser Mittel durch den Bund stelle ein riesiges Problem für Nordrhein-Westfalen dar, zumal die Betriebsfähigkeit des Kanalnetzes infrage stehe. Dass Bundesverkehrsminister Wissing seine Teilnahme an der Rheinkonferenz abgesagt habe, bedaure er, Krauß, in diesem Kontext ausdrücklich.

Christof Rasche (FDP) räumt ein, dass sich die Landesregierung und insbesondere Minister Krischer für die Vertiefung des Mittelrheins und die entsprechende Maßnahme

eingesetzt hätten. Diese sei auch für Nordrhein-Westfalen wichtig. Falls er, Rasche, sich missverständlich ausgedrückt habe, sei dies falsch.

Er sehe die Notwendigkeit, dass sich Nordrhein-Westfalen nicht nur für eine einzige, sondern für alle drei Maßnahmen im vordringlichen Bedarf, die NRW beträfen, einsetze. Diese klare Positionierung fehle ihm bis heute.

Minister Oliver Krischer (MUNV) macht deutlich, dass sich die Landesregierung selbstverständlich zu den Maßnahmen der Binnenschifffahrt im Bundesverkehrswegeplan bekenne. Aus seiner Sicht gehe es jedoch nicht, dass ihm Herr Rasche den Vorwurf mache, sich zu den Maßnahmen am Mittelrhein bekannt zu haben.

Christof Rasche (FDP) wirft ein, dass in zwei Tagen die Frist ablaufe – auch für ein klares Bekenntnis zur Binnenschifffahrt.

> Der Verkehrsausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Vorsitzender Matthias Goeken unterstreicht, bei der Binnenschifffahrt handele es sich um ein wichtiges Thema für den Verkehrsausschuss. Er sehe daher der Informationsreise nach Amsterdam und Antwerpen zum Thema „Seehäfen“ mit Freude und Interesse entgegen.